



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

281 (22.6.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-202177](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-202177)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., in den übrigen Orten 2,00 M. ...

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die kleine Seite Nr. 4.— am 2. M. 30.— ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die Not des besetzten Gebietes vor dem Reichstag.

Anlagen!

Berlin, 22. Juni. (Von unserm Berliner Büro.)

Die große Aussprache, die stürmisch gefordert wurde, und mit mächtigen Posamentenstößen „dies irae“ angekündigt war, hat gestern recht klein und bescheiden begonnen. Im Hause war knapp ein Dutzend anwesend und an der Ministerbank ein Vertreter des Wiederaufbauministeriums, dem sich später Herr Dr. Rathenau für wenige Augenblicke beigesellte. Das sind die äußeren Zeichen, unter denen der Tag anhebt. Hinterher ändert das Bild sich ein wenig. Es kommen ein paar Leute mehr in den Saal. Am Regierungstisch sieht man zwischen durch auch den Kanzler und Dr. Hermes, aber es bleibt doch die übliche Durchschnittsunterhaltung: Man führt zuerst Vorpostengespräche. Von den fünf zurückliegenden Interpellationen, die man in die Menge geworfen hat, um sie gemeinsam mit dem Reparationsabkommen zu erörtern, stößt eigentlich nur die von den Unabhängigen angemeldete Interpellation in das Zentrum vor, die sich kurz nach den Ergebnissen der Pariser Verhandlungen erkundigt, aber an der Peripherie des Reparationsproblems gleiten sie alle vorbei, denn die Angelegenheit der Reparation ist nichts anderes als die unserer außenpolitischen Lage überhaupt; sie aber wird bestimmt durch das Verhältnis zu Frankreich oder richtiger, durch das Verhalten Frankreichs zu uns. Die deutsch-nationale Interpellation ist freilich veraltet. Sie fragt über die Ausschaltung des Reichstages bei der Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens und über auch sonst scharfe Kritik an ihm. Vielleicht war das Abkommen wirklich ein Fehlschlag. Die Stimmung, auch unter Fachleuten, hängt an, recht geteilt zu werden, aber der Ausschuss hatte das Verfahren der Regierung gebilligt. Der Fall ist erledigt — und wenn wir irre gehen — der Schaden ist einzuweisen nicht zu reparieren. Anders steht es um die Gerüchte über die geplante Neutralisierung der Rheinlande, die von der Völkervereinigung geforderte Zerstörung von Bahnbauten im besetzten Gebiet und die Zustände im Saargebiet. Hier handelt es sich um Dinge, die heute — und, wie leider befürchtet werden muß, noch auf lange Zeit hinaus — brennend sind. Hier tut sich die ganze heilige Not vor uns auf, von der wir immer noch zu wenig hören. Rheinische Männer machen sich zu Wortführern: Herr Moldenhauer von der Deutschen Volkspartei, der beredete Prof. Sauser vom Zentrum und sein Parteigenosse Bell. Zumal Herr Bell bringt erschütterndes Material bei, aber er spricht ins Leere. Im Hause scheint man ihm wenig zuzuhören, man tuschelt eifrig mit dem Nachbarn.

Nachdem die fünf Interpellationsreden verraucht waren, folgten die Antworten vom Ministertisch. Den deutsch-nationalen antwortete mit einer formalisierten Erklärung Staatssekretär Müller, der Verweiser des verwaisten Wiederaufbauforts, mit einer anderen, den nach den Ergebnissen seiner Pariser Gespräche forschenden Unabhängigen, Zwischenbüro Rathenau. Auch er verlas darauf ein vorher entworfenes Aktenstück; aber was in diesem Aktenstück stand, war ein einziger gewaltiger Ausschrei eines im Frieden um den Frieden betrogenen Volkes, eine Flucht an die Öffentlichkeit, vor der vielleicht Mancher, der im Völkerbund an diesen Rechtsbüchsen teilgenommen hat, etwas wie ein Gefühl der Scham empfinden möchte. Das Beste aber an dieser ministeriellen Antwort, die nur der Aufmerksamkeit gewordene, leidlich gefüllte Saal mit Zustimmung und Beifall unterstrich, war, daß sie vom Ton des weinerlichen Protestes sich fernzuhalten wußte. Die Gerüchte über die auch von England betriebene Neutralisierung der Rheinlande konnte Dr. Rathenau zerstreuen; dergleichen Klänge sind bisher an die Regierung nicht herangekommen. Sie würde sich zu ihnen auch nicht hergeben. Auch dem unbegründeten und unbedingten Verlangen nach Zerstörung rein wirtschaftlich bedachter Anlagen wird die Regierung sich nicht beugen. Den despotischen Grenzeln freilich, deren Schampfang das Saargebiet ist, sieht sie mit gebundenen Händen gegenüber. Es war eine ausführliche, in jede Einzelheit dringende Denkschrift, die Herr Dr. Rathenau als Antwort auf die Klagen über die Zustände im Saargebiet verlas, eine Schilderung der Unbequemlichkeiten, die in Verfassung und Verwaltung, in politischer Wirtschaft und Recht dort unter den Augen des wohlwollend zusehenden Völkerbundes verübt wurden. Der Völkerbund wird, wenn er noch auf Respektabilität Wert legt, an ihnen kaum vorbeikommen.

Die Aussprache über die Außenpolitik. Rheinland- und Saargebietfragen.

Die heutige Reichstagsstimmung, die die große Aussprache über die innere und äußere Politik einleitete, gestaltete sich zu einer so bedeutungsvollen Kundgebung für die besetzten westlichen Gebiete, wie sie eindrucksvoller der Reichstag selten erlebt hat. Die erste Interpellation, die sich mit dem Wiesbadener Abkommen befaßte und die der deutsch-nationale Vög. Reichert begründete, war schnell erledigt und spielte sich vor ziemlich leeren Bänken ab. Als dann der Vög. Moldenhauer (D. V. P.) zum Wort kam, um die Interpellation seiner Partei über

die englisch-französischen Neutralisierungspläne der besetzten Rheinlande

zu begründen, erschienen jedoch alle anwesenden Abgeordneten und folgten gespannt den sachlichen Ausführungen des Redners. Seit geraumer Zeit erhalten sich die Gerüchte, daß als Zugeständnis für eine Zurückziehung der französischen Besatzung aus den Rheinländern George die Neutralisierung der Rheinlande zugestanden habe. Die damit verbundene Gefahr für Deutschland und den Weltfrieden liegt klar zutage. Eine Lösung des Reparationsproblems ohne Zurückziehung oder erhebliche Verminderung der Besatzung ist unmöglich, was auch die Pariser Bankierkonferenz zugibt, weil diese unproduktive Ausgabe den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erschwere. Es wäre zu wünschen, daß die ganze Welt sich eingehend mit der Denkschrift beschäftigte, die die Regierung neuerdings über die Kosten und die Verwendung der Besatzungsausgaben hat erscheinen lassen. Zu diesen Kosten treten noch die ungeheuren Einquartierungslasten, die eine schwere Bedrückung der Bevölkerung bedeuten. Schon in der französischen Nationalversammlung zur Zeit der Revolution ist erklärt worden, daß der Friede und die Ruhe Europas davon abhängen, daß Frankreich an den Rhein gelangt. Neuere französische Stimmen nehmen diesen Gedanken wieder auf in der Form des Verlangens nach dem neutralen autonomen Rheinland, wozu die Zurückziehung der Besatzung abhängig gemacht werden soll. Natürlich soll dieser autonome rheinische Staat nur der Übergang zur Annexion durch Frankreich sein, was ebenfalls in der französischen Presse offen zugegeben wird. Die Beunruhigung wird verstärkt dadurch, daß seit einiger Zeit die Separatisten am Rhein, über die die starken französischen Kräfte den schützenden Schirm halten, viel frecher auftreten als früher. Genügt es nicht, festzustellen, daß dem hochverräter Smeets das Auto eines französischen Adjutanten zur Verfügung steht? Man glaubt zu beruhigen, wenn man sagt, daß die Rheinlande unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden sollten. Wie der aber denkt, erkennen wir aus seiner Stellung zu den Beschwerden der Saarländer. In Königswinter haben Vertreter aller Parteien im April ihr Treuegelübde zu Preußen und dem Reich erneuert. Wir hoffen, daß der Reichstag und das ganze deutsche Volk hinter diesem Gelübde stehen wird. Die Regierung aber soll bei den Verhandlungen über die Besatzungsfrage keinen Zweifel darüber lassen, daß wir keine Entschärfungen erkaufen wollen durch irgend eine Preisgabe unserer Rechte und Wünsche. Wir sind überzeugt, daß an der starken Liebe und Treue zur Heimat alle feindschaftlichen Absichten schließlich zerschanden werden.

Die Interpellation der Unabhängigen, die die Klärung über die Pariser Reparationsverhandlungen verlangt, begründete Vög. Dr. Leun. Er betonte die Notwendigkeit, an der Erfüllungspolitik festzuhalten.

Dann kam der Zentrumsabgeordnete Dr. Leuschner zum Wort, der wieder über das besetzte Gebiet sprach, und zwar zu der Interpellation seiner Partei, die sich gegen die Zerstörung einer ganzen Reihe wirtschaftlich bedeutsamer Eisenbahnbauten im besetzten Rheinlande

wendet. Er begründete dieses Verlangen, das man eine Entmilitarisierung des Rheinlandes nenne, als eine völlig sinnlose Verschleuderung volkswirtschaftlicher Werte. Zu einer derartig gewaltigen Maßnahme läge umso weniger Anlaß vor, als nach Durchführung der Entwaffnung Deutschlands und angefaßter der geringen Stärke des deutschen Heeres den bedrohten Eisenbahnanlagen eine militärische Bedeutung gar nicht mehr zugebilligt werden könne. Der Redner erläuterte sodann den Zerstörungsplan im einzelnen, um zu zeigen, daß die von der Völkervereinigung behauptete „honorable Rücknahme“ auf das deutsche Wirtschaftsleben nicht im mindesten im Zerstörungsprogramm zu finden sei. Die Haltung der rheinischen Bevölkerung, meinte der Redner, sei so vorbildlich, daß sich das ganze deutsche Volk daran ein Beispiel nehmen könne. Er verlangte, daß die Regierung den denkbar schärfsten Protest gegen den Zerstörungsplan einlege und die Zerstörung des rheinischen Wirtschaftslebens verhinde. Der Deutschnat., schloß der Redner unter lebhaftem Beifall des ganzen Hauses, schütze die Rheinländer selbst.

Eine ebenfalls vom Zentrum eingebrachte

Interpellation über das Saargebiet

wurde vom Vizepräsident des Reichstags, Dr. Bell, begründet. Dr. Bell, der, wenn er präzidiert, einen durchaus ruhigen Eindruck macht, gehört als Redner zu den temperamentvollsten des Reichstages. Das Bild, das er heute von der Lage des Saargebietes entwarf, war allerdings dazu angetan, aufs tiefste zu erschüttern und erregen. Der Redner beschränkte sich darauf, aus der Fülle des ihm zur Verfügung stehenden Materials allein die Tatsachen sprechen zu lassen und redete eine laut vernehmliche Sprache. Er verlas Kundgebungen saarländischer Städtevertretungen, Resolutionen politischer Parteien aller Richtungen, Pressestimmen, Meinungsäußerungen von Ausländern und vermied es nach Möglichkeit, irgendwem subjektiv zu werden, oder das Gefühl sprechen zu lassen. Gerade durch diese objektive Schilderung formte sich ein Bild, das einen tief erschütternden Eindruck hinterließ. Der Redner unterstrich immer wieder, daß er sich nicht etwa an das deutsche Volk und den Deutschen Reichstag allein in seiner Rede wende, sondern daß er seine Worte an das Ausland und an den Völkerbund richte, der für diese Zustände verantwortlich sei, da der Völkerbund nach dem Versailler Vertrag dem Saargebiet und Deutschland gegenüber als Treuhänder fungiere. Die Ehre des Völkerbundes sei hier durch die im Saargebiet geschaffenen Zustände auf das schwerste erschüttert, und deshalb sei es Sache des Völkerbundes, einzugreifen.

Die erste Interpellation über die Reparationsfrage fand ihre kurze Erledigung durch Verlesung einer Antwort durch den Staatssekretär Müller, den Leiter des Wiederaufbauministeriums, während zu Beantwortung der übrigen Interpellationen der

Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau

das Wort ergriff. Der Minister führte aus: Unter dem Ausdruck „Neutralität“ könne man zwei rechtlich völlig verschiedene Begriffe verstehen. Sowie darunter zu verstehen ist das Verbot für Deutschland, innerhalb der Rheinlande ständig oder teilweise militärische Streitkräfte zu unterhalten oder zu sammeln und dergleichen Besatzungen beizubehalten oder anzulegen, so hat darin liegende Folgerung bereits in den Artikeln 42 und 43 des Versailler Vertrages ihren Ausdruck gefunden. Sollte hingegen unter der „Neutralität“ der Rheinlande die

Schaffung eines neutralen Pufferstaates

verstanden werden, so sei dem entgegengehalten, daß die Rhein-

lande auch nach dem Versailler Vertrag ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches geblieben sind. Eine solche Forderung könnte also nur unter allseitigem Druck verwirklicht werden. Bisher sei noch von keiner Seite ein Ansuchen dieser Art an die deutsche Regierung herangetreten. Auch sonst lägen der deutschen Regierung, abgesehen von unbeglaubigten Zeitungsmeldungen, keine Nachrichten vor, die auf eine derartige Absicht schließen lassen könnten. Namens der Reichsregierung habe er die Erklärung abgegeben, daß sie niemals irgendwelche Zugeständnisse, und mögen sie auch noch so gering sein, in der Richtung machen werde, das Rheinland, das während der Besatzungszeit so oft seinen unerhörtesten Willen zum Festhalten an dem angestammten Vaterland bewiesen habe, preiszugeben oder seinen Bestand schädigen zu lassen.

Auf die Interpellation Lauscher (Zentrum) habe er folgendes zu antworten: Am 25. Mai habe die Völkervereinigung eine von dem französischen Ministerpräsidenten unterzeichnete Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der die sofortige Einstellung einer Reihe genau bestimmter Bahnbauten sowie die allmähliche

Beseitigung gewisser Eisenbahnanlagen

im linken Rheingebiet verlangt wird. Die Völkervereinigung stelle mit Genugtuung fest, daß die im Gang befindlichen Arbeiten es Deutschland erlauben werden, die dafür ausgeworfenen bedeutenden Ausgaben zu ersparen und damit seine finanzielle Lage zu verbessern. So lebhaft die deutsche Regierung jede Gelegenheit begrüßt, die Finanzen Deutschlands zu heben, so vermag sie doch nicht die Genugtuung der Völkervereinigung über die hier gebotene Möglichkeit zu teilen; denn die Völkervereinigung übergeht mit Rücksicht auf die über den Ersparnissen, die sich aus der Einstellung der im Gang befindlichen Arbeiten ergeben, hunderte von Millionen neuer Ausgaben entstehen, die für die geforderten Zerstörungsmaßnahmen völlig unproduktiv aufgewendet werden müssen. Die deutsche Regierung sei weder dem Wunsch, noch dem Sinne des Versailler Vertrages nach verpflichtet, Einrichtungen, die für die gesunde wirtschaftliche Entwicklung des Rheinlandes zweckmäßig und notwendig sind, nur deshalb zu zerstören, oder unausgeführt zu lassen, weil die Völkervereinigung glaube, daß sie eine etwaige Mobilisierung erleichtern könnten. Der Artikel 43 richte sich gegen die Vordereile eines Krieges. Er gebe den alliierten Regierungen kein Recht, störend und zerstörend in eine auf verständige Grundbaugebaute Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung einzugreifen. Die Erfüllung der einzelnen Forderungen der Note, die von den deutschen Behörden mit größter Sorgfalt vorgenommen werde, sei noch nicht abgeschlossen. Schon jetzt aber lasse sich mit Gewißheit sagen, daß die Entschließung der Völkervereinigung, soweit sie sich mit den Linien Metz—Saarlouis, Metz—Dernau, Ehring—Koblenz befaßt, überwiegend von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht. Das gleiche gelte für eine große Zahl der übrigen Punkte der Note. Die ohnehin so schwer unter dem Druck der Besatzung leidenden rheinischen Bevölkerung möge gemäß dem, daß kein Mittel unversucht bleiben wird, um ihr neue grundlose Schäden zu ersparen.

In Beantwortung der anderen Zentrumsinterpellationen sagte der Minister, unter der Fülle von Fragen, die der Versailler Vertrag geschaffen hat, nehme die des

Saargebietes

eine ganz besondere Stellung ein. Ueberblicke man die Versailler Regelung für das Saargebiet, so dränge sich ihre Kompliziertheit um so stärker auf. Die Regierungskommission habe Befugnisse, die weit über das hinausgingen, was im Zeitalter des Absolutismus die Regel war. Die Beirathung des Völkerbundes mit dieser absolutistischen Mission sei überhaupt für jeden, der einen wahren Völkerbund errichtet zu sehen wünsche, tief bedauerlich. Die Idee des Völkerbundes werde dadurch entwürdigt. Es sei kein Trost, daß dieses Regime auf 15 Jahre beschränkt sein solle. Der Minister wandte sich dann zu der Frage, wie sich das geschiedene System bisher bewährt habe. Das Wirtschaftsleben des Landes bleibe kein erfreuliches Bild. Die künstliche Trennung der Kohlenwirtschaft von dem übrigen Wirtschaftsleben und die Einführung des Frankens wirkten dabei als verschiedene Umstände zusammen. Wirtschaftlich widerspreche die Zerstörung der Währungsverhältnisse der Grundstruktur des Wirtschaftslebens. Das Land habe nun einmal keine natürlichen Absatzgebiete in Deutschland und könne dafür anderswo, namentlich in Frankreich, um so weniger überreichen Ersatz finden, als seine Hauptindustrie, die Eisenindustrie, im Westen als unliebsame Konkurrenz empfunden und bekämpft werde. Erfreulicherweise hätten auch verschiedene deutsche Wirtschaftsorganisationen der schwierigen Lage des Saarbeckens volles Verständnis entgegengebracht. Zu der politischen Entwicklung des Landes übergehend, stellte der Minister fest, daß die Regierung des Saarbeckens in der den Völkerbund vertretenden Kommission nicht in der Weise geführt werde, wie es erwartet werden dürfte. Besondere Sorge solle der Völkerbund die Regierung des Saarbeckens als Treuhänder führen. Eine treuhänderische Verwaltung dürfe nicht einen der beiden an dem endgültigen Besitz des Landes direkt interessierten Staaten bezugnehmen. Leider sei dies aber der Fall. Das heute noch französische Truppen sich in beträchtlicher Zahl im Lande befänden sei eine nicht abzusehende Vertragswidrigkeit, denn nach dem Vertrag solle nicht Frankreich, sondern die Regierungskommission für die Aufrechterhaltung für Ruhe und Ordnung sorgen, und nur durch eine strikte Gendarmerie. Die Gendarmerie sei zwar errichtet worden, jedoch nur in bescheidenem Umfang, angeblich wegen Geldmangels. Eine weitere Vertragsverletzung sei die Französisierung des Schulwesens. Die wiederholten Beschwerden der Reichsregierung beim Völkerbund hätten bisher keinen Erfolg gehabt und nicht die gebührende Beachtung gefunden. Die Regierung werde jedoch ihre Bemühungen in dieser Richtung nicht aufgeben. Der Minister betonte zum Schluß seiner Ausführungen, daß, so unglücklich die Verhältnisse des Saargebietes auch seien, die Treue, mit der die Saarbewohnerung an Deutschland festhalte, dem ganzen deutschen Volke als Vorbild und Muster dienen könne.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes vertritt sich dann nach im kurzen Ausführungen als Beantworter der Interpellation der Unabhängigen im einzelnen über das schon bekannte Ergebnis der Pariser Reparationsverhandlungen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die verletzten Anteilhaber Verhandlungen bald wieder aufnehmen werden würden, sowie über Maßnahmen, die über ein Zustandekommen der Reichsanleihe zu treffen seien. Die deutsche Regierung habe darüber noch keine Beschlüsse gefaßt.

Nach 6 Uhr wurde die Weiterberatung der Interpellationen auf morgen nachmittags 2 Uhr vertagt.

Aus dem Reichskabinett.

Berlin, 22. Juni. (Br.-Tel.) Das Reichskabinett bewilligte gestern in einer Kabinettsitzung die neue Beamtenselbstverpflichtungsvorlage, die eine 40%ige Erhöhung der verhältnism. Teuerungszulagen vorsieht. Ferner wurde lt. „B. L.“ für die Beamten des Reichsministeriums eine besondere Ministerialzulage bewilligt. Auf diese Weise wird man die besten Beamten in die Ministerien bringen und den Andrang zu den Ministerien vergrößern. Die Ministerialzulage soll bei den Amtsgehilfen 3000 Mark, bei den obersten Stellen von den Ministerialräten an 12 000 Mark betragen. Weiter soll die Kinderzulage der Beamten um 40 Prozent erhöht werden.

Wie die Blätter melden, wurde in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts auch die Frage der Wahl des Reichspräsidenten angeschnitten. Der Reichskanzler erklärte, daß er mit den Führern der Koalitionsparteien voraussichtlich in den nächsten Tagen, auf jeden Fall aber nach der Eintritte der Parlamentsferien über die Frage in Fühlung treten werde.

Die Getreideumlage im Ausschuss.

DRS. Berlin, 21. Juni. Der Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft behandelte heute das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Abg. Dr. Rißler (D. N.) wiederholte im Wesentlichen das, was er bereits im Plenum des Reichstages dazu gesagt hatte. Der Bedarf sei nicht 2 1/2 Millionen Tonnen, sondern 1,9 Mill. Tonnen, da der Bedarf bis zum 31. Oktober schon gedeckt sei. Diese 1,9 Mill. Tonnen müßten im freien Verkehr aufgebracht werden. Auch der Abgeordnete Henn (D. V. B.) warnte davor, die Landwirte zu verbittern und gegen ihren Gesamtwillen ein solches Gesetz zu schaffen. Die genannten Abgeordneten brachten dann folgende Entschlüsse ein, die Regierung zu ersuchen, 1. ungelumt mit den landwirtschaftlichen und Handelsvertretungen einen Vereinbarung von je 440 000 Tonnen Brotgetreide bis zum 15. Oktober und 15. Dezember und von weiteren 900 000 Tonnen bis zum 15. Februar an das Reich zum Durchschnittspreis der an dem Berliner Markt in den letzten vier Wochen vor dem 1. Oktober des Monats notiert worden ist, einzutreten und die zum Ankauf dieser Mengen erforderlichen Mittel bereit zu stellen. 2. Die Reichsgetreideumlage durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel in den Stand zu setzen, während der Zeit vom 31. Oktober 1922 bis 15. August 1923 die weiteren zur Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Mengen Brotgetreide im Ausland einzukaufen. 3. Aus Mitteln des Reichs 2 Milliarden zwecks Verbilligung des Brotes, das aus den nach Ziffer 1 und 2 durch das Reich erworbenen Getreidemengen hergestellt ist. 4. Einrichtungen zu treffen, um der Bevölkerung mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Bezug des nach Ziffer 3 verbilligten Brotes zu ermöglichen. 5. Maßnahmen zur Verhinderung des spekulativen Handels mit Getreide in inländischer Ernte zu treffen. 6. Maßnahmen zur Verbilligung der Verbilligung von Roggen und Weizen inländischer Ernte zu treffen, und zur Bereitstellung von Kraftfuttermitteln für die inländische Landwirtschaft, die bei Verbilligung ihres Brotgetreides Kraftfuttermittel für ihren Viehstand benötigen. 7. Die Ausfuhr von Getreide inländischer Ernte durch wirksame Maßnahmen zu verhindern. Ein demokratischer Antrag wünscht die Freilassung der Weizen bis zu 10 ha. Ein deutschnationaler Antrag will möglicherweise die Höhe der Umlage auf 1 1/2 Millionen Tonnen herabsetzen. Die Unabhängigen traten für eine Umlage von 4 Mill. Tonnen ein. Der Minister für Landwirtschaft und Ernährung erklärte, er sei für die freie Wirtschaft, aber um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, müsse für eine ausreichende Ernährung Sorge getragen werden.

Der Gewerkschaftskongress zur Brotfrage.

Berlin, 21. Juni. Der Gewerkschaftskongress in Leipzig nahm heute vormittag zu der Frage der Brotversorgung durch die Getreideumlage eine Entschlußfassung an, in der, dem „Vorwärts“ zufolge gefordert wird, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, wodurch die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschaltung von Konjunktur- und Wertsatzgewinnen sichergestellt wird.

Die österreichische Finanzkatastrophe.

Der Sanierungsversuch.

EP. Wien, 20. Juni. Der österreichische Finanzplan wurde am Dienstag endgültig beschlossen. Das Programm der Regierung umfaßt Erhöhungen, die einen Gesamtbeitrag von 200 Milliarden österreichischer Kronen liefern sollen. Die Alkoholsteuer soll noch über das Maß dessen erhöht werden, was der Finanzminister Gürtler beantragt hat. Der Liter Wein dürfte mit 800 Kronen Steuer belegt werden. Sehr wichtig ist, daß die Regierung eine Zwangshypothek auf den Grundbesitz beabsichtigt. Die Generalhypothek auf sämtlichen Realbesitz soll 6 Prozent betragen und diese Hypothek soll als Fundierung der Obligationen der neuen Notenbank dienen. Außerdem hat die Regierung die Absicht, eine innere Anleihe aufzunehmen. Diese innere Anleihe soll beim Realbesitz einen zwangsartigen Charakter tragen, indem die Grundbesitzer eine Hypothek auf sich nehmen müßten, wenn sie nicht freiwillig Anleihe zeichnen. Die Regierung hat außer dieser Maßregel noch die Absicht, die Grundsteuer um 350% zu erhöhen. Beim Abbau der Beamten dürften 10 Prozent der Beamten entlassen werden. Die Pläne über den Abbau der Wehrmacht sind in den Hintergrund getreten. Sehr energisch wird in dem Finanzprogramm die Frage der Zusammenziehung der Ämter behandelt.

Oesterreich unterwirft sich jeder Finanzkontrolle.

(Berlin, 21. Juni. Nach einer Pariser Meldung der „D. A. Z.“ veröffentlicht der „Temps“ ein Interview mit dem Kanzler Seipel über die Anschlussfrage. Zu politischen Experimenten, hob Seipel hervor, sei jetzt keine Zeit. Oesterreich unterwerfe sich jeder gewünschten Finanzkontrolle. Das sei das Recht der Geldgeber, die jetzt endlich dem Lande zu helfen versuchen.

Die Flottenabrüstung.

EP. London, 21. Juni. Das Oberhaus hat gestern in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf angenommen, wodurch der Vertrag von Washington über die Flottenabrüstung ratifiziert wird. Lord Lee, der den Entwurf vorlegte, erklärte im Verlaufe der Diskussion, daß er nicht die Haltung Frankreichs in der Unterseebootsfrage verstehen könne.

EP. Washington, 21. Juni. Der Senat hat gestern das Marinengesetz angenommen, wodurch der Kredit für die Kriegsmarine für das nächste Rechnungsjahr auf 295 450 000 Dollar festgelegt wird. Die Mannschafstärke der Marine wird auf 88 000 Köpfe herabgesetzt. Im letzten Jahre war für die Marine ein Kredit von 764 548 000 Dollar gewährt worden. Das diesjährige Marinbudget ist das geringste das seit dem Schluß des Krieges vom Senat angenommen wurde.

Nach der Londoner Zusammenkunft.

Poincaré ist zufrieden.

BR. Paris, 22. Juni. Havas meldet vom 21. Juni: Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Doumergue berichtete seinen Kollegen über die Unterredungen, die er heute vormittag mit Poincaré gehabt habe.

Poincaré habe seiner Befriedigung Ausdruck gegeben über den Empfang, der ihm in London bereitet wurde, und der einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht habe. Es scheine, daß die englische Regierung auf Grund der Ereignisse von Genoa und deren Folgen heute mehr als früher die Haltung Frankreichs gegenüber den Sowjets und den Wert der Grundzüge verstehe, die Frankreich auch weiterhin verteidigen werde. Die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten sei von Anfang an schon vor dem Meinungsaustausch sehr herzlich gewesen.

Poincaré habe Lloyd George davon verständigt, daß die französische Regierung den Entschluß gefaßt habe, sich bei der Konferenz in Haag vertreten zu lassen; diese Erklärung sei mit großer Begeisterung entgegengenommen worden.

In der Angelegenheit der Reparationen sei die englische Regierung entschlossen, keine Verminderung der deutschen Schulden in Erwägung zu ziehen. Sie sei dafür, die Ausführung jeder Kontrolle zu fordern, und falls Deutschland schlechten Willen zeige, würden die Alliierten sich verständigen, um es zu veranlassen, sich zu fügen.

Bezüglich des Orients scheine die französische und englische Ansicht sich nicht geändert zu haben, die beiden Regierungen seien jedoch zu jedem Meinungsaustausch und Entgegenkommen bereit.

In der Frage von Langer werde sich zweifellos bei gegenseitigem gutem Willen ein Uebereinkommen erzielen lassen. Es sei vereinbart worden, daß diese Frage den Gegenstand demnächstiger Besprechungen bilden solle, zu denen entweder Poincaré nach London oder Lloyd George nach Paris kommen werde, je nach der Notwendigkeit des parlamentarischen Lebens der beiden Länder. Unter Bezugnahme auf die englisch-französischen Besprechungen vom Jahre 1921 war gemeldet worden, daß Briand dem Ausschuss gemeldet habe, er habe sich mit der britischen Regierung darüber verständigt, daß die Befestigung des linken Rheinufers noch nicht zu laufen begonnen habe. Poincaré habe erklärt, er habe darüber nichts erfahren können. Nach Prüfung der Angelegenheit sei festgestellt worden, daß ein Bericht der Sachverständigen vom Januar 1921 existiert, in dem die Vertagung des Termins des Beginns der Befestigungsbau als eine der möglichen Sanktionen vorgesehen ist. Der Oberste Rat habe jedoch in diesem Punkte keinerlei Entscheidung getroffen.

Auf Kosten Deutschlands.

(Berlin, 22. Juni. Wie gemeldet, hatte der „Petit Parisien“ von einem Ausgleich der englisch-französischen Interessen gesprochen, dergestalt, daß von Seiten Frankreichs den Engländern Zugeständnisse im Orient gemacht würden bei entsprechendem Entgegenkommen Englands in den deutschen Fragen.

Die Ausführungen des „Petit Parisien“ werden, wie verlautet, in Pariser politischen Kreisen viel besprochen und zugleich allgemein als eine inspirierte Auslegung von großer Bedeutung aufgefaßt. Poincaré habe schon im Januar gleich nach der Kabinettsitzung zu erkennen gegeben, daß er die französische Orientpolitik, die im Abkommen von Angora zum Ausdruck kommt, nicht mit dem gleichen Eifer wie Briand forschen werde. Er habe auch kürzlich erklärt, daß das Angorabkommen mit dem interalliierten Abkommen gegen Sonderverträge schwer in Einklang zu bringen sei. Man nimmt an, daß Poincaré den Augenblick für gekommen hält, England im Orient entgegenkommen zu zeigen, um entsprechende Zugeständnisse Englands in der Reparationsfrage zu erlangen. Die erste Folge dieser Wendung werde wahrscheinlich die von England längst vorbereitete Wiederbelebung der Feindseligkeiten in Kleinasien sein.

Die polnische Regierungskrise.

BR. Warschau, 21. Juni. Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, daß infolge der Opposition der Linksparteien und gewisser Anwendung der Volkspartei Branowski auf sein Mandat das neue Kabinett zu bilden, verzichtet hat. Morgen findet eine Sitzung des Hauptausschusses statt, in welcher die Frage der Ablehnung der Kabinettsbildung durch Branowski besprochen werden und eventuell die Designierung des neuen Ministerpräsidenten erfolgen soll.

Die Wegnahme der Mannheimer Schloßmöbel.

Finanzminister Köhler hat es in der Zeit seiner Ministerherrlichkeit trefflich verstanden, sich in den weitesten Bevölkerungskreisen beliebt zu machen. In letzter Zeit sind es besonders seine Einstellung den oberen Beamten gegenüber gewesen, was wohl schließlich bei ihm aus psychologischen Momenten heraus leicht erklärlich ist, denn seine Aufschneiderien anlässlich der Geheimberichte und zuletzt die Wegnahme der Möbel aus dem Mannheimer Schloß, für die er verantwortlich ist. Dieserhalb hatte er sich nun im badischen Landtag vor den Volksovertretern zu verantworten. Es hatte in Mannheim polnische Ueberraschung erregt, als am 19. Mai nächstermals auf Automobilen weit über 100 Möbelstücke aus der ehemals kurfürstlichen Residenz geholt wurden und ein Sturm der Entrüstung ging durch die gesamte Mannheimer Presse bis zur „Tribüne“ hinunter. Der Mannheimer Stadtrat wurde beim Herrn Finanzminister vorstellig und verlangte die Rückgabe der Möbel und die Einsetzung einer Sachverständigenkommission, der die Prüfung der kunstgeschichtlichen Gegenstände überlassen bleiben sollte.

Zum Sprecher der Stadtgemeinde Mannheim machte sich in der Dienstags-Sitzung der Mannheimer Stadterordnete Landtagsabgeordnete Strobel, der die förmliche Anfrage begründete. Mit unnötiger Erregtheit suchte Finanzminister Köhler die berechtigten Angriffe zurückzuweisen, ohne indessen den Sachverhalt, wie man die größte Stadt des badischen Landes behandeln zu dürfen glaube, vermissen zu können. Nicht aus böswilligen Gründen sei der Transport geschehen, sondern weil der Staat die Möbel brauchte, meinte Herr Köhler; daß man aber hierbei mit dem auch in republikanischen Zeiten nötigen Anstand hätte vorgehen müssen, blieb anscheinend auch jetzt noch ihm verborgen. Daß das Mannheimer Schloß und seine Einrichtung nach Abfin-

dung des Großherzogs Eigentum des Staates sind, kann nicht abgestritten werden, es ist aber eine andere Frage, ob man auf diese Art, wie es geschehen, von seinem Eigentum recht Gebrauch machen muß. Jedenfalls wies der Finanzminister den Einspruch Mannheims und die Vorwürfe gegen Ministerialrat Hirsh als unberechtigt zurück und erklärte, wegen der antisemitischen Angriffe auf den ungeschickten Ausführer seines Auftrages gerichtlich vorzugehen. Wenig Glauben scheint der Meister der badischen Finanzen der Echtheit der Entrüstung in Mannheim zu schenken, da er davon in einer großen Versammlung in Mannheim, in der er sprach, nichts wahrgenommen haben will. Er vergaß aber dabei die Feststellung, daß es sich damals um eine Versammlung von Angehörigen der Zentrumsparthei handelte, die bekanntlich mit ihren Männern durch Dieb und Dumm gehen.

Bei der allgemeinen Beratung des Boranschlages für das Finanzministerium konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß auch die Sprecher der einzelnen Parteien Stellung zu dieser Angelegenheit nahmen. Es blieb nun dem Sprecher der Partei des Herrn Finanzministers, Dr. Schmitt-Karlsruhe, vorbehalten, statt zur Entlastung der Atmosphäre beizutragen, im Weidbrenneraal die Stimmung zu verschärfen. Von der Mannheimer Schloßmöbel-Affäre behauptete er, sie habe eine rechtliche, agitatorische und pathologische Seite und schloß seine wenig erbaulichen Ausführungen mit dem Labendübel „der Duerulant wird ab- und endlich zur Ruhe gewiesen“. Ob sich die Mannheimer das so schlechtthin gefallen lassen und ob der Stadtrat der größten Stadt des Landes, Herrn Schmitt als medizinische Autorität anerkennen kann, um sich von ihm die Diagnose „pathologisch“ stellen zu lassen? Der demokratische Redner wies dem auch mit Recht darauf hin, daß besonders verlegend die Methode des Adhölens gewirkt habe. Ein besonderes Ruhmesblatt ist jedenfalls die ganze Angelegenheit für den badischen Finanzminister und die heute herrschenden Begriffe von diplomatischem Umgang nicht.

Fortsetzung der Schloßmöbeldebatte.

II. Karlsruhe, 21. Juni.

In der nachmittäglichen Sitzung führte Abg. D. Mayer-Karlsruhe (DR.) bei der fortgesetzten Finanzdebatte aus, die Möbel des Mannheimer Schlosses seien Eigentum des Staates und aus diesem Grunde könne der Staat darüber in weitem Umfang verfügen. Allerdings hätten die Organe des Staates diese Sache schon etwas geschickter anpacken können. Was die Kriegsschuldfrage angeht, so muß das Märchen von der Kriegsschuld Deutschlands endlich einmal ein Ende finden. Die Verbindung des Amtes des Finanzministers mit dem des Präsidenten des Landesfinanzamts halten wir für bedenklich. Die badische Regierung muß sich das Recht wahren, alles was im Lande geschieht und was seine Bevölkerung betrifft, — auch wenn es Reichsangelegenheiten sind, — zu kontrollieren und zu prüfen. Wenn wir den Beamten des Finanzministeriums Anerkennung ausprechen, so ist damit noch nicht gesagt, daß wir mit der Finanzverwaltung einverstanden sind. Zur rechten Steuerreform, zum Verhältnis für die Pflicht dem Staate gegenüber sollte schon die Jugend errogen werden. Die Steuergegenüber sollte endlich ein Ende haben.

Von den Kommunisten sprach Abg. Hoff, der u. a. bemerkte, der einzige Ausweg für die deutsche Wirtschaft sei derjenige, sich auf England einzustellen. Eine Arbeiterregierung werde kommen, denn jede bürgerliche Steuerreform plündere die arbeitenden Massen.

Der folgende Redner, Abg. Baasche (Deutsche Volksp.) ging zunächst auf die Mannheimer Schloßmöbelangelegenheit ein und führte dazu aus, die Regierung trage Schuld daran, wenn die Stimmung noch mehr erregt worden sei. Wenn sofort nach der Wegbringung der Möbel in den Zeitungen mitgeteilt worden wäre, es handele sich um wertlose Möbel, dann wäre die ganze Aufregung vermieden worden. Die Bedeutung von Möbeln für Baden und für ganz Süddeutschland als Handelsplatz verdiene entsprechende Berücksichtigung. Auf die Finanzlage eingehend bemerkte der Redner: auch er sei der Ansicht, man solle keine neuen Steuern mehr machen, sondern die bestehenden sich einleichen lassen. Die Frage der Kleinschuld Deutschlands am Krieges soll und darf nicht zur Ruhe kommen. — Auf einen Zwischenruf des kommunistischen Abg. Hoff, ob Deutschland gar keine Schuld habe, erhoben sich Zurufe von verschiedenen Seiten: Nein gar keine! Die Zwischenrufe mehrten sich darauf besart, daß der Präsident um Ruhe bitten möchte.

Darauf gab Ministerialrat Dr. Hirsh eine persönliche Bemerkung ab, dahingehend, daß er den Ausführungen des Abg. Strobel in der gestrigen Sitzung mit vollem Ernst zugehört habe. Auch der unabhängige Abg. Freithof kam zuerst auf die Mannheimer Möbeldebatte zu sprechen und erklärte, der Mannheimer Arbeiterschaft sei diese Frage nicht wichtig, dagegen viel wichtiger, wie sie im Herbst Parliaments in den Reichstag komme. Auch dieser Redner wünschte u. a. ein Verbot, um die Automobilaffären an den Sonntagen einzubanden.

Ein Schluß der Sitzung sprach noch Abg. Duffner (Br.) von den Sturm in der Mannheimer Möbeldebatte als einen Sturm im Wasserläufer bezeichnete. — In einer persönlichen Bemerkung stellte Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Br.) fest, daß er mit der Erklärung, es handele sich bei den Veröffentlichungen in der Mannheimer Schloßmöbeldebatte um ein „pathologisches Vorgehen“, den Mannheimer Stadtrat weder genannt noch gemeint habe; er habe sich mit dem Wort „pathologisch“ auf bestimmte Presseäußerungen bezogen wollen.

II. Karlsruhe, 21. Juni. Im Landtag haben verschiedene Zentrumsgesandnete einen Antrag eingebracht, die badische Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Habsburger für Leistungen von Personen, deren Beamtenentlohnungen ein zu bestimmtes Existenzminimum nicht übersteigt, nicht zur Erhebung gelange. — Weiteres (s. d. Abg.) wurde haben einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, bei der bevorstehenden Reform der Reichsversicherungsordnung dahin zu wirken, daß eine Vereinfachung der Krankenversicherung durch Vereinfachung der verschiedenen Klassenarten beginn. Bestimmung der allgemeinen Ortsklassenaffen zu alleinigen Versicherungssträgern, durchgeführt wird.

Bayern und die Pfalz.

Der Besuch des bayrischen Innenministers in der Pfalz.

DRS. Ludwigshafen, 21. Juni. Der bayrische Innenminister Dr. Schweger trat heute nachmittag auf seiner Walzreise in Ludwigshafen ein und wurde im Bezirksamtgebäude um 3.30 Uhr nachmittags vom Regierungspräsidenten der Pfalz Dr. v. Ehlenschläger sowie vom dem Staatskommissar für Oppau, Ministerialrat Stichel, empfangen. Nachdem der französische Bezirksdelegierte dem Minister seine Aufwartung gemacht hatte, machte Dr. Schweger einen kurzen Besuch beim Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen Dr. Weiß. Nach einem sehr instruktiven Vortrag des Staatskommissars für Oppau über das Oppauer Hilfsweert beschloß die Minister unter der Führung des Staatskommissars für Oppau die Wiederaufbauarbeiten in Oppau und im neuen Wert der Badischen Anilin- und Sodafabrik unter Führung von Direktor Seidel. Heute abend erfolgte die Abreise des Ministers nach Speyer, wo er morgen vormittag die pfälzische Kreisregierung und verschiedene Behörden besuchen wird. Morgen nachmittag trifft Minister Dr. Schweger wieder in Ludwigshafen ein, wo er verschiedene Wohlfahrtsvereinigungen und die Süddeutsche Wärmewirtschafts- und Industrieanstalt besuchen wird. Darauf wird eine Besprechung mit den Organisationen der Jugendfürsorge erfolgen.

Letzte Meldungen.

BR. Rom, 21. Juni. Lote Ionescu ist heute morgen infolge eines Anfalles von Brustbräune gestorben.

Badischer Industrie- und Handelstag.

Die Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelstages fand am 18. Juni in Freiburg unter dem Vorsitz des Herrn Handelskammerpräsidenten Rich. Koenel statt.

Den im Handel beobachteten Missetaten glaubt das Ministerium dadurch begegnen zu können, daß es die Bezirksämter angewiesen hat, im allgemeinen keine Handelsreisende (Verkehrshändler) zu erteilen, mit Ausnahme der Genossenschaften und deren Beauftragten.

Die Versammlung war sich einig darüber, daß mit einer solchen kaufmännisch und juristisch nicht begründeten Sperre Missetaten nicht beseitigt werden können.

In der Aussprache wurde wiederholt auf das Verbot der Beauftragten hingewiesen, daß die Bezirksämter ihre Besuche den Handelskammern zur Begutachtung übergeben, daß sie ihre Stellungnahme den Handelskammern mitteilen, falls sie deren Vorschläge nicht befreiten und daß die Besuche der Genossenschaften und deren Vertreter in derselben Weise nach denselben Grundsätzen geprüft werden.

In der Aussprache wurde wiederholt auf das Verbot der Beauftragten hingewiesen, daß die Bezirksämter ihre Besuche den Handelskammern zur Begutachtung übergeben, daß sie ihre Stellungnahme den Handelskammern mitteilen, falls sie deren Vorschläge nicht befreiten und daß die Besuche der Genossenschaften und deren Vertreter in derselben Weise nach denselben Grundsätzen geprüft werden.

Zur Zwangsanleihe gab der Vorsitzende die Forderungen der Mannheimer Handelskammer, die sich insbesondere auf die Befreiung der Anleihe, auf die Verwendung der Anleihe als Zahlungsmittel bei der Steuerentrichtung, auf die jährliche Zahlung eines gewissen Nominalbetrages erstreckt, bekannt.

Der Sommer, dessen Wesen Hermann Bing in diesen Tagen fast erschöpfend darstellt, beginnt im Kalender mit der Sommeranleihe, dem längsten Tag des Jahres, der bei unseren Breiten als eines der höchsten Feste gefeiert wurde.

Der Sommer, dessen Wesen Hermann Bing in diesen Tagen fast erschöpfend darstellt, beginnt im Kalender mit der Sommeranleihe, dem längsten Tag des Jahres, der bei unseren Breiten als eines der höchsten Feste gefeiert wurde.

Städtische Nachrichten.

Sommeranleihe.

Der goldne längste Tag ist nieder, Der Himmel voll Bewölker glüht; Derklingen sind die ersten Lieder, Die schönsten Blumen sind verblüht.

Der Sommer, dessen Wesen Hermann Bing in diesen Tagen fast erschöpfend darstellt, beginnt im Kalender mit der Sommeranleihe, dem längsten Tag des Jahres, der bei unseren Breiten als eines der höchsten Feste gefeiert wurde.

Literarische Rundschau.

Dichtung und Kultur.

Büder und Träume aus Wien. Von Adolf Glöckner. (Wien, Rikola-Verlag). Als erstes Bändchen der Serie, Die gute alte Zeit erscheint ein lebenswürdiges und amüßliches Buch des alten Berliner Humoristen Adolf Glöckner über Wien.

Zur Psychologie Frankreichs. Von Dr. Otto Grauhoff. (Berlin, Georg Müller). Der Verfasser, Dozent für französische Sprache und Kulturgeschichte an der Berliner Handelshochschule, der bis zum Kriegsausbruch zehn Jahre lang in Paris lebte, ist einer der ganz wenigen Deutschen, die auch heute noch in geistigem Verkehr mit Frankreich und seiner Kenntnis der französischen Nachkriegsliteratur heraus vorrücken.

Sanft Bürokratie wie er lebt und wirkt. 250 Kapitel mit gegen 300 lustigen und betrüblichen Schaurzen aus reichs-, staats- und gemeindefürsorglichen Verwaltungen. Mit peinlich genauer Gewissenhaftigkeit gesammelt, sortiert, registriert, klassifiziert, rubri-

ist jedoch nie deutlich zu sehen, weder von her noch nachträglich und darum ist es doch ganz angenehm, auch den Sommer der Astronomie zu befeigen, wenn er auch schon am ersten Tag einen leisen Vorgehmad des Herbstes gibt.

Unsere Vorfahren entzündeten am Tage der Sonnenwende, den die Kirche zur Erhöhung ihres Ruhmes in einem Johannisfest verwandelt, leuchtende Kränze im Freien und besaßen die Götter und das Schicksal.

In einigen Tagen wird der Briefträger die Quittung über die Gebühren für das nächste Vierteljahr vorzulegen. Durch Einlösung sichern Sie sich die regelmäßige Lieferung unseres Blattes.

Übersehen Sie nicht die Bezugs-Erneuerung auf den „Mannheimer General-Anzeiger“ In einigen Tagen wird der Briefträger die Quittung über die Gebühren für das nächste Vierteljahr vorzulegen. Durch Einlösung sichern Sie sich die regelmäßige Lieferung unseres Blattes. Die Geschäftsstelle. S 307

von der Natur anshauen und wie lauschen ihrem Mädchenmunde, glücklich darüber, daß wir noch lange nicht alles wissen. So sind wir imstande, die Wärme und den Glanz der Sonne während der Dauer ihres Hochstandes einzugemeinen für die Zeit, da sie nur fahles Licht gibt und ihre Strahlen keine Macht über Schnee und Eis haben.

Die Erhöhung der Frachten am 1. Juli um 25%. Der Südwest-Steinindustrie-Verband, Mannheim, schreibt uns: Während noch bei den Verhandlungen in Nürnberg am 16. Juni von den zahlreich dort anwesenden Vertretern der Reichseisenbahnenverwaltung bestimmt versichert worden war, daß zum 1. Juli keine Frachterhöhung stattfinden, daß dagegen mit einer solchen gelegentlich der zum 1. August bevorstehenden organischen Einarbeitung der letzten Aufschläge gerechnet werden würde, findet nach der Erklärung des Reichsverkehrsministers vom 20. Juni doch schon zum 1. Juli eine Erhöhung der letzten Frachten statt, und zwar um 25%.

Die Erhöhung der Frachten am 1. Juli um 25%. Der Südwest-Steinindustrie-Verband, Mannheim, schreibt uns: Während noch bei den Verhandlungen in Nürnberg am 16. Juni von den zahlreich dort anwesenden Vertretern der Reichseisenbahnenverwaltung bestimmt versichert worden war, daß zum 1. Juli keine Frachterhöhung stattfinden, daß dagegen mit einer solchen gelegentlich der zum 1. August bevorstehenden organischen Einarbeitung der letzten Aufschläge gerechnet werden würde, findet nach der Erklärung des Reichsverkehrsministers vom 20. Juni doch schon zum 1. Juli eine Erhöhung der letzten Frachten statt, und zwar um 25%.

Die Erhöhung der Frachten am 1. Juli um 25%. Der Südwest-Steinindustrie-Verband, Mannheim, schreibt uns: Während noch bei den Verhandlungen in Nürnberg am 16. Juni von den zahlreich dort anwesenden Vertretern der Reichseisenbahnenverwaltung bestimmt versichert worden war, daß zum 1. Juli keine Frachterhöhung stattfinden, daß dagegen mit einer solchen gelegentlich der zum 1. August bevorstehenden organischen Einarbeitung der letzten Aufschläge gerechnet werden würde, findet nach der Erklärung des Reichsverkehrsministers vom 20. Juni doch schon zum 1. Juli eine Erhöhung der letzten Frachten statt, und zwar um 25%.

Die Erhöhung der Frachten am 1. Juli um 25%. Der Südwest-Steinindustrie-Verband, Mannheim, schreibt uns: Während noch bei den Verhandlungen in Nürnberg am 16. Juni von den zahlreich dort anwesenden Vertretern der Reichseisenbahnenverwaltung bestimmt versichert worden war, daß zum 1. Juli keine Frachterhöhung stattfinden, daß dagegen mit einer solchen gelegentlich der zum 1. August bevorstehenden organischen Einarbeitung der letzten Aufschläge gerechnet werden würde, findet nach der Erklärung des Reichsverkehrsministers vom 20. Juni doch schon zum 1. Juli eine Erhöhung der letzten Frachten statt, und zwar um 25%.

Die Erhöhung der Frachten am 1. Juli um 25%. Der Südwest-Steinindustrie-Verband, Mannheim, schreibt uns: Während noch bei den Verhandlungen in Nürnberg am 16. Juni von den zahlreich dort anwesenden Vertretern der Reichseisenbahnenverwaltung bestimmt versichert worden war, daß zum 1. Juli keine Frachterhöhung stattfinden, daß dagegen mit einer solchen gelegentlich der zum 1. August bevorstehenden organischen Einarbeitung der letzten Aufschläge gerechnet werden würde, findet nach der Erklärung des Reichsverkehrsministers vom 20. Juni doch schon zum 1. Juli eine Erhöhung der letzten Frachten statt, und zwar um 25%.

Die Erhöhung der Frachten am 1. Juli um 25%. Der Südwest-Steinindustrie-Verband, Mannheim, schreibt uns: Während noch bei den Verhandlungen in Nürnberg am 16. Juni von den zahlreich dort anwesenden Vertretern der Reichseisenbahnenverwaltung bestimmt versichert worden war, daß zum 1. Juli keine Frachterhöhung stattfinden, daß dagegen mit einer solchen gelegentlich der zum 1. August bevorstehenden organischen Einarbeitung der letzten Aufschläge gerechnet werden würde, findet nach der Erklärung des Reichsverkehrsministers vom 20. Juni doch schon zum 1. Juli eine Erhöhung der letzten Frachten statt, und zwar um 25%.

Die Erhöhung der Frachten am 1. Juli um 25%. Der Südwest-Steinindustrie-Verband, Mannheim, schreibt uns: Während noch bei den Verhandlungen in Nürnberg am 16. Juni von den zahlreich dort anwesenden Vertretern der Reichseisenbahnenverwaltung bestimmt versichert worden war, daß zum 1. Juli keine Frachterhöhung stattfinden, daß dagegen mit einer solchen gelegentlich der zum 1. August bevorstehenden organischen Einarbeitung der letzten Aufschläge gerechnet werden würde, findet nach der Erklärung des Reichsverkehrsministers vom 20. Juni doch schon zum 1. Juli eine Erhöhung der letzten Frachten statt, und zwar um 25%.

Die Erhöhung der Frachten am 1. Juli um 25%. Der Südwest-Steinindustrie-Verband, Mannheim, schreibt uns: Während noch bei den Verhandlungen in Nürnberg am 16. Juni von den zahlreich dort anwesenden Vertretern der Reichseisenbahnenverwaltung bestimmt versichert worden war, daß zum 1. Juli keine Frachterhöhung stattfinden, daß dagegen mit einer solchen gelegentlich der zum 1. August bevorstehenden organischen Einarbeitung der letzten Aufschläge gerechnet werden würde, findet nach der Erklärung des Reichsverkehrsministers vom 20. Juni doch schon zum 1. Juli eine Erhöhung der letzten Frachten statt, und zwar um 25%.

stehenden Tarife zu ändern, bezüglichen unterrichtet wird und zum mindesten, daß nicht gegenteilige Erklärungen von Amts wegen abgegeben werden.

Die Beschränkung des Aufenthalts im besetzten Gebiet. Eine Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission schreibt vor, daß mit Rücksicht auf die im besetzten Gebiete herrschende Wohnungsnot der vorübergehende Aufenthalt im besetzten Gebiet nicht über 20 Tage ausgedehnt werden darf.

Was das Telefon kosten wird! Neben den übrigen Erhöhungen der Posttarife treten am 1. Juli auch die Erhöhungen der Fernsprechergebühren für dringende und nicht dringende Gespräche ein, für die ein Teuerungszuschlag von 100 Proz. festgesetzt worden ist.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte ist in der vierten Maiwoche vom 21.-27. im Durchschnitt wie in der Mehrzahl gegen die günstigen Vorwachen schlechter geworden, steht aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt.

Aus dem Lande.

Eine neue Redarbrücke.

(.) Wiesheim, 22. Juni. Die Erstellung einer festen Brücke über den Redar zwischen Blosheim und Sedenheim ist nach einer Verabredung beider Gemeinden mit der Redar-Anstalt...

Für unsere arbeitende Bevölkerung ist es dringend nötig, insofern des den lokalen Verkehr hemmenden Kanals bessere Verkehrsbedingungen anderweitig zu schaffen. Als Mittel zum Zweck muß die neue Redarbrücke aus Eisenbeton zwischen Wiesheim und Sedenheim angesehen werden...

Wiesheim, 22. Juni. In einer unter Vorsitz von Stadtrat Karl Jungnickel abgehaltenen Sitzung der Vorstände des Gemeinnützigen Vereins, des Odenwaldklubs, des Deutsch-Hörschlagischen Alpenvereins sowie des Vereins der Naturfreunde...

Wiesheim, 22. Juni. Im Mittschweter klagte der 82jährige Bandwirt Franz Dreisel beim Heulen vom Wagen ab und war sofort tot. Beim Umbau wurde von einem roten Gefellen die Storchennatter auf der Dorfweide erschossen...

Reichenbach, 22. Juni. Ein schwerer Unglücksfall hat sich hier beim Hochweitschießen ereignet. Beim Abschießen eines Böllers wurde einem jungen Bandwirt ein Fuß derart zerquetscht, daß er im Krankenhaus zu Homburg bis zum Knie amputiert werden mußte.

St. Peter b. Freiburg, 20. Juni. Bischof Dr. Carl hat den Subregens Major Dr. Rißmanns Ehe am Priesterseminar zu St. Peter anlässlich der Vollendung des 50. Jahres seiner Ehelichkeit daselbst zum Ehrenoberherrn an der Dom- und Metropolitankirche ernannt.

Wiesheim, 21. Juni. Als hier der Schloßmeyer Kuprecht einen seit Jahren nicht mehr gereinigten Winkel zwischen seinem Wohnhaus und einem benachbarten Odenwaldgebäude reinigte, fand er unter dem meterhohen Schutt eine Schädelschale und Leberreste von Menschenknochen vor.

Freudenstadt, 22. Juni. In der Entwicklung des Heimtrafvereins ist wieder ein weiterer großer Fortschritt zu verzeichnen. Am Sonntag nachmittag wurde der Heimnachholer, der eine Fortsetzung des Glanz-Kauterollens bildet und bestimmt ist, die Wasser des Mühlbaches und Talbaches aufzunehmen und zur Heimabsperrung zu leiten, durchgeführt.

Aus der Pfalz.

Der kommende 1922er.

Aus der Pfalz, 20. Juni. Ueber den Stand der Weinberge erhalten wir folgende Auskunft. Die Prognose für den 1922er laute bis vor Kurzem nicht günstig. Hochleute wußten, daß es im kommenden Herbst nicht viel Wein geben würde. Sie begründeten das damit, daß das Holz der Rebe in Folge der großen Hitze des Vorjahres sich nur langsam entwickelt habe...

Aus der Westpfalz, 21. Juni. Die erste Futterernte hat in der Westpfalz den Erwartungen nicht ganz entsprochen. Die Niederschläge der letzten Zeit sind zu spät erfolgt, um die Schäden der Trockenheit noch auszugleichen. Dagegen haben sich die Getreidearten, besonders Sommergetreide, durch den Regen noch recht gut erholt...

Sportliche Rundschau.

Deutsche Kampfsportspiele.

In Grunewald begann am Montag nachmittag das Turnier des Deutschen Tennis-Bundes mit einigen für die Entscheidung allerdings belanglosen Spielen. Da nur die Besten des Bundes zugelassen sind, wurden jedoch recht gute Leistungen gezeigt.

Pferderennen.

Salton-Rennen. 38 000 M. 1200 Mtr. 1. Pfeiffers Nummen (Ritter), 2. Lailun, 3. Sindenwirtin. Ferner: Bandhagl. 18:10; 18, 16:10. ... Preis von Rhein 80 000 M. 1600 Meter. 1. E. H. v. Oppenheim Sommerflor (Zimmermann), 2. Drifus, 3. Reichsinn. Ferner: Georgios, Rolandose II. 11:10; 13, 27:10. 3/4 2. 2. Silesia-Jagdrennen. 43 000 M. 3200 Mtr. 1. Polhaus Brash (Dertel), 2. Fier, 3. Finterlohn. 11:10. ... Hamburg-Hora. Schiffheider-Rennen. 40 000 M. 1200 Mtr. 1. St. Charottenhofs Angelus (Korb), 2. Rinze, 3. BeonDas. Ferner: Helbin. 27:10; 12, 11:10. ...

Rudern.

Mannheimer Regatta am 2. Juli 1922 im Mühlhauhofen. Vier Regattaflootungen liegen dieses Jahr vor Mannheim. Da ist schon reichlich getüchtelt und geübt. Wenn trotzdem von 25 Vereinen 600 Ruderer gemeldet sind, ist das ein Zeichen, daß viele ebnbürtige Mannschaften da sind, die sich auf einer einwandfreien Strecke, ungehindert von der Lärre der Elemente, miteinander messen wollen.

Neues aus aller Welt.

— Lössliche Schlüßel. In Württemberg sind in den letzten Tagen bei Gmündern mehrere Personen vom Bliz erschlagen worden. In der Nähe von Bittleshausen wurden drei Personen, ein Gutsbesitzer und zwei Jünger auf der Stelle vom Bliz getötet, während bei Gerstetten ein Mann und eine Frau, die beide auf dem Felde arbeiteten, vom Bliz erschlagen wurden. ...

— Großfeuer in der Berliner Gasanstalt. Montag nacht ist in der Städtischen Gasanstalt Großfeuer ausgebrochen. Erst gegen Morgen konnte der Brand völlig gelöscht werden. Die Ursache ist Selbsteinzündung von Braunkohlen.

— Raubmord an einem Kassenboten. In Neubarn ist bei 25 Jahren bei der Kreditanstalt zu Neubarn angestellter Kassenbote Karl Eggig einem furchtbaren Verbrechen zum Opfer gefallen. Eggig sollte früh morgens die Summe von 210 000 Mark nach der nur einige Kilometer entfernten liegenden Ziegerei Vornhof zur Lohnauszahlung bringen. ...

— Kampf mit Straßenräubern. Auf der Straße von Döllingen nach Fleissau wurden zwei Angestellte der Döllinger Kohlenwerke von zwei Banditen überfallen. Die Räuber hielten die Angestellten an der Hand gefangen, entrieffen ihnen eine Geldtasche mit 120 000 M. Lohngehältern und bedrohten sie mit Gewehren, wenn sie sich nicht ergeben. ...

— Ein handrechtliches Todesurteil vollstreckt. Das Wundesther Bundesgericht verurteilte den Kadettplaneten Helmut Franz Kallies wegen Spionage handrechtlich zum Tode durch den Strang. Der Verurteilte, der aktive Dienste leitete, suchte mit dem Vertreter eines Nachbarbataillons Hilfe, um gegen materielle Vorteile wichtige militärische Geheimnisse zu betreiben. ...

Handel und Industrie.

Der Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und den Randstaaten.

Die ehemals zu Rußland gehörenden „Randstaaten“ haben mehr oder minder größere Bedeutung für Deutschland nicht nur als Lieferer von Rohstoffen verschiedener Art, sondern auch als Eigenverbraucher und als Durchgangsländer für Rußland. Denn das natürliche, weil geographisch am günstigsten gelegene Einfallstor dorthin — Polen — wird vor allem zufolge seiner ungesunden und künstlich von Frankreich betriebenen Erweiterung nie den ungestörten Durchgangsverkehr deutscher Waren nach Rußland ermöglichen.

Die lettische Industrie und der lettische Handel sind schon seit Generationen im wesentlichen in Händen der dort niedergelassenen Reichsdeutschen, die auch nach wie vor mit dem deutschen Reiche einen engeren Wirtschaftsverkehr zu pflegen sich bestreben. Das geht schon aus dem kürzlich abgeschlossenen Handelsvertragsverhältnis hervor, in das von den Randstaaten Lettland als erster mit Deutschland eingetreten ist.

Die wichtigsten Umschlagplätze für Waren aller Art sind die Hafenstädte Riga, Libau und Windau. Die in ihnen vor dem Kriege gleichzeitig ansässig gewordene Industrie hat jedoch im Kriege stark gelitten, so daß in einzelnen Zweigen kaum mehr als ein Viertel der früheren Betriebe im Gange ist. ...

Estland — die Republik Eesti — steht als unter dem Kriege geschontes Land verhältnismäßig am günstigsten unter den drei jungen Randstaaten da. Seit 1920 im Frieden mit Rußland hat es seine heimischen Industrien zum größten Teile wieder aufgebaut. Dem Import von Fertigwaren ist durch die Bevölkerungszahl von ungefähr 1,2 Millionen Köpfen eine Grenze gesetzt; immerhin kommt in bezug auf die Einfuhr Deutschland (1921 mit etwa 43%) an erster Stelle. ...

Litauen ist die mit dem deutschen Reiche am engsten wirtschaftlich verbundene baltische Republik. Der Handelsverkehr nach Rußland gebrannt. Darunter Solinger Stahl des ostpreussischen Großhandels; er bracht deutscherseits 1921 ca. 88%. Nach Rußland ist der Handelsverkehr nur gering, zudem ist gegenwärtig der Bedarf nur klein, der Markt übersättigt und es macht sich eine starke Zurückhaltung der Verbraucher bemerkbar.

Brown, Boveri & Cie. A.-G. Mannheim-Käfertal

In der am 20. ds. Ms. stattgehabten Aufsichtsratsitzung der Brown, Boveri u. Cie. Aktiengesellschaft in Mannheim-Käfertal beschloß der Aufsichtsrat, der demnächst abzuhaltenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 15% für das Geschäftsjahr 1921 in Vorschlag zu bringen.

Neue Erweiterungspläne im Stinnes-Konzern.

Außer dem Bau einer Zentralkokerei zwischen Geisenkirchen und Bochum und der Errichtung eines Röhrenwerks in Anschluß an den Bochumer Verein beschließt sich die Rhein-Elbe-Union mit der Anlage eines neuen großen Eisenwerkes in Anschluß an die Dortmund-Union. Das Werk, ebenfalls ein Milliarden-Projekt, soll in die Umgegend von Dortmund gelegt werden. ...

Die Nachlieferungen an Reparationskohle.

Wie wir erfahren, beziehen sich die Forderungen des Garantiekomitees auf die Lieferungen von Kohlen für Juni nach dem bisherigen Reparationsprogramm (1,9 Millionen Tonnen monatlich). Die Divergenz in den Berechnungen des Reichskommissars und des Garantiekomitees entsteht dadurch, daß im letzteren Falle die Reste in den einzelnen Sorten, deren Gesamtlieferungen zum Teil relativ gering sind, zusammengerechnet sind, im ersteren Falle der reine Mengerrückstand aufgestellt ist. ...

Anrechnung von eingeführter Auslandskohle auf das Inlands-Kohlenkontingent in der Pfalz.

Angesichts der Schwierigkeiten der Kohlen- und Koksversorgung hat der Reichskohlenkommissar Anfang Juni eine Verfügung erlassen, nach der er sich die Anrechnung eingeführter Auslandskohle auf das Inlands-Kohlenkontingent vorbehält.

Neueste Drahtberichte.

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtb.) Die Aktiengesellschaft für Filmfabrikation, Berlin, beschloß in ihrer gestrigen Generalversammlung die Kapitalerhöhung von 6 auf 18 Millionen Mark, wobei die Festsetzung der Begebungsmodalitäten dem Aufsichtsrat überwiesen wird.

Düsseldorf, 22. Juni. (Eig. Drahtb.) In der gestrigen Generalversammlung der Rheinischen Automobil-A.-G. wurde die Kapitalerhöhung um eine Million 6/10er 10stimmiger Vorzugsaktien auf insgesamt 13 Millionen Mark beschlossen.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 21. Juni. Die heutige Börse verkehrte wieder im schwächeren Tendenz. Benz gingen zu 440%, um ebenso Zellstofffabrik Waldhof-Aktien zu 650% und junge Zellstofffabrik zu 620%.

Devisenmarkt.

Anhaltend hohe Devisenkurse.

Mannheim, 22. Juni. (9.35 Uhr vorm.) Die Kurse, die im gestrigen Nachmittagsverkehr sehr stark anzogen — der Dollar notierte mit 330 —, liegen im Vergleich zu gestern etwas niedriger, doch scheint der Devisenmarkt wieder eine sehr feste Tendenz anzunehmen, was einer weiteren Aufwärtsbewegung gleichkommt.

New York, 21. Juni. Die Reichsmark notierte bei Börsenschluß mit 0,30% (0,3145) cents, was einem Dollarkurs von 327,87 (317,46) entspricht.

Dollarkurs 326 Mark.

Waren und Märkte.

Weitere Preiserhöhung für Weizenmehl. Infolge des fortgesetzten Steigens der Devisen erhöht die Südd. Mühlenvereinigung den Preis für Weizenmehl Spezial 0 am heutigen Donnerstag, den 22. Juni auf 2100 gegenüber bisherigen 2040 per 100 Kilo mit Sack ab Mühle.

Leinsaatnotierungen. Buenos Aires für Monat Juni 20,20 (20,10) argent. Pes. für Monat Juli 20,25 (20,20) argent. Pes. Rosario für Monat Juni 19,75 (19,90) argent. Pes.

Leinölnotierungen. Preis ab Holland, garantiert, reines, rohes, Oel per 100 kg inkl. Holzfaß, Originaltara, Abgangsgewicht, fob oder bahnfrei Juli 46,50 (46,50) fl., August 44,50 (44,75) fl., September-Dezember 41,75 (42,25) fl. Preis ab Niederrhein, infolge starker Kursschwankungen nicht genau bestimmbar.

Erhöhung der Lagerpreise für Eisen. Im Zusammenhang mit der vorseitigen des Deutschen Stahlbundes vorgenommenen Erhöhung der Werkpreise hat auch der Westdeutsche Eisenhändler-Verband in Düsseldorf seine Preise für Verkäufe ab Lager mit Wirkung vom 20. ds. Mts. an einer Nachprüfung nach oben hin unterzogen.

Berliner Metallbörse vom 21. Juni.

Table with columns for metal types (Aluminium, Kupfer, Zinn, etc.) and prices for 20th and 21st June.

Table for London, 21. Juni (WB) Metallmarkt, listing prices for various metals like Kupfer, Zinn, etc.

Table for Liverpool, 21. Juni (WB) Baumwollmarkt, listing prices for different cotton grades.

Amerikanischer Funkdienst.

Table for New York, 21. Juni (WB) Funkdienst, listing prices for various communication services.

Table for Chicago, 21. Juni (WB) Funkdienst, listing prices for various communication services.

Schiffahrt.

Schiffahrtsnachrichten der Holland Amerika Linie, Rotterdam. Der Dampfer 'Nieuw Amsterdam', am 3. Juni von New York abgefahren, ist am 13. Juni nachmittags in Rotterdam angekommen.

Schiffs-Nachrichten der Holland Amerika Linie, Rotterdam. Der Dampfer 'Ryndam', von Rotterdam am 7. Juni abgefahren, ist am 18. Juni in New York angekommen.

Schiffahrtsnachrichten der Holland-Amerika Linie. Der Dampfer 'Rotterdam', von Rotterdam nach New York, ist am 9. Juni vorm. in New York angekommen.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juni.

Table showing water level observations for the month of June, with columns for date and remarks.

Wasserwärme des Rheins am 22. Juni morgens 6 Uhr: 14 1/2 R.

Mannheimer Wetterbericht.

Barometer: 757,3 mm. Thermometer: 15,6° C. Niedrigste Temperatur: 13,3° C. Höchste Temperatur gestern: 25,5° C. Niederschlag: 6,0 Liter auf den qm. Windstill. Bedeckt.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

23. Juni: Gewitterhaft, wolfig mit Sonnenschein, warm. 24. Juni: Sonne, Wolken, später vielfach Gewitter. Regen.

Verleger, Drucker und Verleger: Drucker Dr. Haas, Mannheim. General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, F. 6, 2. Direktion: Ferdinand Deime, — Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Dammes; für Handel: J. G. Franz Rieder; für Realien: A. Redeker; für Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: J. S. Josef Gullhofer, für Anzeigen: Karl Hügel.

Offene Stellen.

Altrenommierte Oelfirma Baden sucht für den Verkauf von Mineralölen und Fetten einen bei der in Betracht kommenden Rundschiffahrt mögl. gut eingeführten Herrn als Reisevertreter.

Kohlengroßhandlung mit Umschlag- und Fabrikbetrieb in Rheinauhafen sucht für baldigen Eintritt jungen, möglichst branchekundigen Mann für Versandarbeiten und Materialbeschaffung.

Provisions-General-Agenturen errichtet. Besonders geeignet für Affekationsgeschäfte, die sich für L. U. H. interessieren oder für Herren mit groß. Beziehungen, die sich angenehme und lohnende Selbstständigkeit verschaffen wollen.

Provisionen-General-Agenturen errichtet. Besonders geeignet für Affekationsgeschäfte, die sich für L. U. H. interessieren oder für Herren mit groß. Beziehungen, die sich angenehme und lohnende Selbstständigkeit verschaffen wollen.

Braves Mädchen das zu Hause (helfen) kann, zu kleiner Familie sofort gesucht. 20084 Soos, Q 7, 20, H. 20.

Leistungsfähige Margarinefabrik mit erstklassigen Raritäten in Tafel-, Zieh- und Schmelz-Margarine, sucht (erfahren, eingeführten) 653 Vertreter gegen gute Provision. Eingeb. u. G. M. 805 an Rudolf Wölfe, Mannheim.

Im Außendienst erfährt, tüchtige Kraft bei gut. Gehalt u. hob. Pros. von hiesig. Berf. Büro gesucht. *4528 Eingeb. u. T. E. 65 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wir suchen Entwerfer für F. u. G. D. Beamten für E. H. H. u. Lehrling mit guter Schulbildung. (Kont. auf zul. Angeb. innerhalb 3 Tagen.) 2001

Providentia & Deutscher Phönix Mannheim Richard Wagnerstr. 3.

Nachtwächter gut beleumundet, sofort gesucht. Ad. Messerschmitt, Mannheim, Industriehafen.

Elektromonteur mit mehrjähriger Praxis sofort gesucht. Wurzelprediger abends nach 6 Uhr. 7643 Köppel & Weiß, G. 4, 17.

2 gute tüchtige Mädchen geg. hob. Lohn gef. Sucht Frau Karl Sandes, Q 5, 4. Unständiges, ehrliches Mädchen für Bier-Büfett, sofort oder später gesucht. 26075 Bürger-Viktoria, K 1, 10.

Stellen-Gesuche. Begabte, energische, 33 J. alte Persönlichkeit sucht neuen Wirkungskreis. Beste langjährige Erfahrungen in leitenden Stellungen auf dem Gebiete des Personal-, Statistik-, Revisions- und Tarifwesens, insbesondere auch des allgemeinen Arbeitsrechts und im Verkehr mit Behörden, Größtflächige Vorbildung in kaufmänn. und vermittlungstechnischer Beziehung, literarische Begabung. *4581 Vertrauensposten bevorzugt. Gef. Angebote unter U. J. 94 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. Dietrich selbstständig.

2 Studenten 23 Jahre alt, suchen für die Dauer ihrer Ferien 3 Monate Arbeit in Fabrikbetrieb u. Gef. Angebote unter T. T. 79 an die Geschäftsstelle. *4502 Gütige Stellung als

Wirtschaft großer Umsatz zu verkaufen, Übernahme sofort, auch für Büro geeignet. Angebote unter R. U. 30 an die Geschäftsstelle. *4444

Reisender f. Bar. od. Abhängigkeitsverhältnis, mit liebsten der Textilbranche. *4534 Angebote unter T. J. 96 an die Geschäftsstelle.

Kaufmann Mitte West, ledig, 3. St. Buchhalter und Kassier bei höherer Firma, sucht sich zu verändern. Gute Zeugnisse u. Referenzen stehen zur Verfügung. Angebote unter U. B. 37 an die Geschäftsstelle. *4567

Drehstrom-Motor 120 Volt, 900 Umdrehungen, H. G. S., 10 PS., Ventiltrieb, gefopelt, sofort zu verkaufen. 2000 Herm. Lentschitzky Mannheim, F. 7, 14. Telefon 5247.

Lastwagen 3 Tonne, erstf. Fabr., gut erh. zu verk. 2507 Angebote unter A. R. 192 an die Geschäftsstelle.

Gebirgsmöbel billig zu verkaufen. *4579 Angebots von 4-7 Uhr. Gaßmann Riefeldstraße 34, 5. St.

Kl. Bücherschrank (vielen neue Heftm., 4 Bände, Fleißbüchlein, gut erhaltener Kasten f. mittlere Figur, 1 gelb. Holz zu verkaufen. *4592 Blümel, Beethovenstr. 8, part.

Kinderklappwagen fast neu, u. Kinderstuhl zu verkaufen. *4532 E. Wegmann, U 4, 1.

Herren-Fahrrad fast neu, billig abzugeben. 2000 Kauf-Gesuche. Brillanten Altgold- u. Silbergegenstände, Zahngebisse und Kronsteine werden zu den höchst Tagespreisen angekauft. 2431 Wertheim, T 3, 3. Telefon 8492.

Handwagen zu kaufen gesucht. Zu erfragen: Rigorettenfabrik Rosin, M 7, 22. Hinterhaus, Telefon Nr. 63.

Nähmaschinen für Schneiderei, gebraucht, jedoch gut erhalten, mit elektrischem o. gas. Antrieb zu kaufen gesucht. 2643 Albert Hilbert G. m. b. H. Hanfstr.

Alte Zahngebisse faulst Rassel, O 5, 2. 643

Zerbrochene ganze Möbel wie auch 6082B

Wachtel, S 4, 6 Tel. 7819. Kaufe gebr. Möbel oder Art. Teleph. 8048. Wobbelein, T 4, 1. 20007

Verloren Gestrickte blaue Jacke verloren. Abzugeben geg. Belohnung. O 4, 18, 1 Z. *4578

Schwarzer Hund Größe 80 cm, weiße Flecken, weiße Brust, auf dem Hinterkopf entlaufen. 2635 Abzug geg. Belohnung. Emil Heideggerstr. 3. 2. Etage.

Dobermann-Rüde braun, entkommen. Vor Anlauf wird gewarnt. Wiederbringer hohe Belohnung. 2647 J. Schmidt, K 2, 18.

Verloren Bon O 7, 1 bis Parkhotel *4584 1 Hundert und 3 Fünzig-Dollarscheine verloren. Gegen große Belohnung abzugeben. Friedrichring 18, partiere. *6302

Statt Karten! *4501

Franz Odhel
Eise Odhel
geb. Wieser
Vermählte

München-Mannheim, 22. Juni 1922.

Statt Karten

Professor Dr. Erdel
u. **Frau Berta** geb. Welker
zeigen die Geburt ihrer Tochter
Marie Luise Anna an.

MANNHEIM, den 21. Juni 1922. *4558
Friedrichring 44.

National-Theater Mannheim.
Donnerstag, den 22. Juni 1922
31. Vorstellung n. Miede, Abteilung B
(für 2. Parkett B 48)

Die lustigen Weiber von Windsor
Komisch-phantastische Oper in 3 Akten nach
Shakespeares gleichnamigem Lustspiel, gedichtet
von S. H. Rosenthal. Musik von Otto Nicolai.
In Szene gesetzt von Eugen Gebrath.
Musikalische Leitung: Paul Breischach.

Sir John Fallstaff Karl Mang
Herr Pluck Herr von Windsor (Mahlke Frank
Herr Reich) Max Lippmann
Fenton Alfred Landory
Jaquer Spätzlich Hugo Volkmann
Dr. Calus Irene Eden
Frau Fish Ida Schüller
Franz Reich Else Tuschke
Junger Anna Reich

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Freitag, den 23. Juni 1922
Der Troubadour
(Volks-Vorstellung) B. V. B. 2101—2200
Anfang 7 Uhr.

Ehemalige Angehörige des Res.-Inf.-Regt. 249
Heute Abend **Vorbesprechung**
im „Reinhold“, H. 3, 3. (1655) S. H. Hofmann.

Maler- u. Tünchermeister
Donnerstag, den 22. Juni 1922,
5 Uhr nachmittags, Ballhaus

Mitgliederversammlung
(Streikgefahr).
Maler- u. Tünchermeister-Vereinigung e. V.
Mannheim *4553

Von der Reise zurück
Harzheim, Magnetopath
U 6, 4 Tel. 4412 U 6, 4

Haut-, Blasen-, Frauenleiden
(ohne Quecksilber, ohne Einspritzung, Blut-, Urin-Untersuchungen)

Syphillis-
Behandlung nach dem
neuest. wissenschaftl.
Methoden ohne Be-
schuldrung

Lehrkr. Brnd. No. 5; geg. Unentz. v. M. 5.—; fikt. versch.
Spez.-Arzt Dr. med. Wolländer's Ambulatorium
Frankfurt a. M., Bethmannstraße 36, gegen-
über Frankfurter Hof, Tel. Hanna 0743, 536
Täglich 11—1—7 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr

Otto Zickendrohn
Fernruf 7180
Mannheim 07, 5
Seibelformerstraße neben Ruffler Rumpelmayer

Moderne
Büro-Einrichtungen

Echter Emmentaler Käse
Bayr. Emmentaler Käse
Bayr. Limburger Käse
in größeren Mengen abgegeben bei
N. Freff
Käsegroßhandlung
M 2, 18 Tel. 5535 M 2, 18

Der 26. und 27. Juni 1922
in der ersten
Jahreszeit gegen
64 Jähr.

Sanfter Biss
empfehlen. Das Leben
wird so viel
erfreuer. Das Leben
wird so viel
erfreuer. Das Leben
wird so viel
erfreuer.

Sanfter Biss
empfehlen. Das Leben
wird so viel
erfreuer. Das Leben
wird so viel
erfreuer.

Ämliche Bekanntmachungen

Handelsregister.
Zum Handelsregister B Band XV, D. 3, 27, Firma „Kriemhild-Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung, Mannheim, wurde heute eingetragen. Die Gesellschaft ist durch den Gesellschaftsvertrag vom 22. Mai 1922 aufgestellt. Der bisherige Geschäftsführer Herr Jakob Kriemhild in Mannheim ist Liquidator.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XVI, D. 3, 46, Firma „Süddeutsche Beamten-Versicherungsgesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 24. Mai 1922 in den §§ 16, 18 (Generalversammlung) und 20 (Verteilung des Reingewinns) geändert. Auf die eingetragene Urkunde wird Bezug genommen.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band VI, D. 3, 11, Firma „Guth & Büfingler Aktiengesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 4. Mai 1922 in § 18 (Aufsichtsrat) abgeändert. Fritz Roth, Regierungsrat, Mannheim (Vob.), Walter Kraus, Maschinenbauingenieur, Mannheim und Dr. Ing. Hans Berthold, Berlin sind zu Gesamtdirektoren bestellt. Jeder von ihnen ist befugt, gemeinsam mit einem Vorstandsmitgliede oder in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen die Firma zu vertreten.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XXI, D. 3, 40, Firma „H. Deitrich & Co., Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Kaufmann Carl Deitrich, Mannheim, Carl Deitrich in Offenbach und Friedrich Deitrich in Heilbronn am Neckar sind Prokura erteilt.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XI, D. 3, 29, Firma „Bauvereinigung“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Theodor Schuler ist als Geschäftsführer ausgeschrieben. Carl Wittrock, Kaufmann, Mannheim ist als Geschäftsführer bestellt.
Mannheim, den 17. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen:
1. Band III, D. 3, 200, Firma „Roth & Neuberger“, Mannheim. Die Firma ist gelöscht.
2. Band V, D. 3, 20, Firma „Engen & Cramer“, Mannheim. Die Prokura des Engen-Weg ist gelöscht.
3. Band VI, D. 3, 64, Firma „U. & Hans Wolf“, Mannheim. Das Geschäft ist von Kaufmann Hans Wolf in Mannheim auf die Händlerrinnen Dorothea, Julia und Theodor Wolf in Mannheim mit dem Recht, die Firma vorzutreten, übertragen. Diese führen das Geschäft seit 1. Mai 1922 unter der bisherigen Firma in offener Handlungsgesellschaft weiter. Der Übergang der Handlungen und Verbindlichkeiten auf die Erben der Gesellschaft ist ausgesprochen.
4. Band VI, D. 3, 108, Firma „Mannheimer Maschinenfabrik Thies & Roth in Liquidation“, Mannheim. Die Firma ist gelöscht.
5. Band VI, D. 3, 125, Firma „Gebrüder Becker“, Mannheim. Kaufmann Georg Becker, Mannheim ist als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetragen.
6. Band VII, D. 3, 82, Firma „Johann Geymann“, Mannheim. Die Prokura des Wilhelm Geymann ist gelöscht.
7. Band VIII, D. 3, 230, Firma „Gaubert & Kay“, Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst und das Geschäft mit allen Rechten und Verbindlichkeiten der Firma auf den bisherigen Geschäftsführer Johannes Kay übertragen, der es unter der gleichen Firma weiterführt.
8. Band XVII, D. 3, 141, Firma „Herbert & Co. in Liquidation“, Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst und in Liquidation getreten. Zum Liquidator ist Kaufmann Georg Carl Thies, Mannheim bestellt.
9. Band XVIII, D. 3, 231, Firma „Mannheimer Bauvereinigung“, Mannheim. Die Firma ist gelöscht.
10. Band XXI, D. 3, 108, Firma „Carl Schmitt & Co.“, Mannheim. Josef Schmitt ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Kaufmann Wilhelm Schuler, Mannheim ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen.
11. Band XXIII, D. 3, 69, Firma „Robert Paul Ganten“, Mannheim. Inhaber ist Robert Paul Ganten, Kaufmann, Mannheim.
12. Band XXIII, D. 3, 70, Firma „Mannheimer & Co.“, Mannheim. E. 3. 1. Die offene Handelsgesellschaft hat am 15. Mai 1922 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Julius Mannheimer, Kaufmann, Mannheim, Ernst Haas, Kaufmann, Mannheim, Paul Brückel, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Agenturen und Kommissionsvertriebe. Handel in Getreide, Butter- und Lebensmitteln.
13. Band XXIII, D. 3, 71, Firma „G. Wolf & Co.“, Mannheim. Landstrasse 14. Die offene Handelsgesellschaft hat am 21. März 1922 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Carl Wolf, Ehefrau. Alle geborene Dismarck, Mannheim, Robert Walter, Ehefrau, Gertrude geborene Krüger, Mannheim. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur die Ehefrau Frau Ade Wolf berechtigt. Geschäftszweig: Handel mit Goldschmuck und Juwelwaren.
Mannheim, den 17. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XVIII, D. 3, 87, Firma „Stalder & Suter“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Dem Kaufmann Herr Carl Stalder in Mannheim ist als Kommissionsvertreter bestellt. Der Herr Stalder ist als Kommissionsvertreter bestellt.
Mannheim, den 19. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XIX, D. 3, 82, Firma „Süddeutsche Zerpapierfabrik- & Briefpapierfabrik Aktiengesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen.
Mannheim, den 19. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XXII, D. 3, 4, Firma „Kriemhild-Gesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 22. Mai 1922 aufgestellt. Der bisherige Geschäftsführer Herr Jakob Kriemhild in Mannheim ist Liquidator.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XXI, D. 3, 40, Firma „H. Deitrich & Co., Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Kaufmann Carl Deitrich, Mannheim, Carl Deitrich in Offenbach und Friedrich Deitrich in Heilbronn am Neckar sind Prokura erteilt.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XI, D. 3, 29, Firma „Bauvereinigung“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Theodor Schuler ist als Geschäftsführer ausgeschrieben. Carl Wittrock, Kaufmann, Mannheim ist als Geschäftsführer bestellt.
Mannheim, den 17. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XVI, D. 3, 46, Firma „Süddeutsche Beamten-Versicherungsgesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 24. Mai 1922 in den §§ 16, 18 (Generalversammlung) und 20 (Verteilung des Reingewinns) geändert. Auf die eingetragene Urkunde wird Bezug genommen.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band VI, D. 3, 11, Firma „Guth & Büfingler Aktiengesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 4. Mai 1922 in § 18 (Aufsichtsrat) abgeändert. Fritz Roth, Regierungsrat, Mannheim (Vob.), Walter Kraus, Maschinenbauingenieur, Mannheim und Dr. Ing. Hans Berthold, Berlin sind zu Gesamtdirektoren bestellt. Jeder von ihnen ist befugt, gemeinsam mit einem Vorstandsmitgliede oder in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen die Firma zu vertreten.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XXI, D. 3, 40, Firma „H. Deitrich & Co., Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Kaufmann Carl Deitrich, Mannheim, Carl Deitrich in Offenbach und Friedrich Deitrich in Heilbronn am Neckar sind Prokura erteilt.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XI, D. 3, 29, Firma „Bauvereinigung“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Theodor Schuler ist als Geschäftsführer ausgeschrieben. Carl Wittrock, Kaufmann, Mannheim ist als Geschäftsführer bestellt.
Mannheim, den 17. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XVI, D. 3, 46, Firma „Süddeutsche Beamten-Versicherungsgesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 24. Mai 1922 in den §§ 16, 18 (Generalversammlung) und 20 (Verteilung des Reingewinns) geändert. Auf die eingetragene Urkunde wird Bezug genommen.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

1922 feststellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Der Betrieb von Kommissions- und Agentengeschäften in allen Getreide- und Futtermittelarten, sowie ähnlichen Produkten. Die Gesellschaft kann auch Geschäfte für eigene Rechnung abschließen und sich an solchen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, oder solche erwerben. Das Stammkapital beträgt 100 000 Reichsmark. Jakob Koppel, Kaufmann, Mannheim und Walter Jäger, Direktor, Karlsruhe sind Geschäftsführer. Jeder von diesen ist allein berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.
Mannheim, den 19. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XXII, D. 3, 17, Firma „Süddeutsche Beamten-Versicherungsgesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 24. April 1922 in den §§ 8 (Stammkapital, Ausgabe von Vorzugsaktien), 10 (Zahl der Aufsichtsratsmitglieder), 17 (Stimmverhältnisse), 20 (Sondersteuer auf Vorzugsaktien) entsprechend der eingetragenen Niederschrift auf die Bezug genommen wird, geändert. Auf das erhöhte Stammkapital werden a) 2 000 Reichsmark auf den Inhaber lautende Stammaktien, — Serie B —, b) 2 000 Reichsmark auf den Namen lautende Stammaktien — Serie C —, c) 1 000 Reichsmark auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien — Serie D — und d) 4 000 Reichsmark auf den Namen lautende Vorzugsaktien — Serie E —, je je 1 000 Reichsmark, zum Einbruch ausgegeben. Bei einer Liquidation der Gesellschaft wird aus dem noch vorhandenen der Schulden übrig bleibenden Vermögen zunächst auf die Vorzugsaktien der auf den Namen einbezogene Teil zu je 10 % zurückgeführt. Bei der Verteilung des übrigen Gesellschaftsvermögens werden die Vorzugsaktien aus. Die Vorzugsaktien Serie D genießen bei der Abrechnung je 15 Stimmen, die Vorzugsaktien Serie E je 2 Stimmen.
Mannheim, den 19. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XXI, D. 3, 40, Firma „H. Deitrich & Co., Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Kaufmann Carl Deitrich, Mannheim, Carl Deitrich in Offenbach und Friedrich Deitrich in Heilbronn am Neckar sind Prokura erteilt.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XI, D. 3, 29, Firma „Bauvereinigung“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Theodor Schuler ist als Geschäftsführer ausgeschrieben. Carl Wittrock, Kaufmann, Mannheim ist als Geschäftsführer bestellt.
Mannheim, den 17. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XVI, D. 3, 46, Firma „Süddeutsche Beamten-Versicherungsgesellschaft“ in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Generalversammlung vom 24. April 1922 in den §§ 8 (Stammkapital, Ausgabe von Vorzugsaktien), 10 (Zahl der Aufsichtsratsmitglieder), 17 (Stimmverhältnisse), 20 (Sondersteuer auf Vorzugsaktien) entsprechend der eingetragenen Niederschrift auf die Bezug genommen wird, geändert. Auf das erhöhte Stammkapital werden a) 2 000 Reichsmark auf den Inhaber lautende Stammaktien, — Serie B —, b) 2 000 Reichsmark auf den Namen lautende Stammaktien — Serie C —, c) 1 000 Reichsmark auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien — Serie D — und d) 4 000 Reichsmark auf den Namen lautende Vorzugsaktien — Serie E —, je je 1 000 Reichsmark, zum Einbruch ausgegeben. Bei einer Liquidation der Gesellschaft wird aus dem noch vorhandenen der Schulden übrig bleibenden Vermögen zunächst auf die Vorzugsaktien der auf den Namen einbezogene Teil zu je 10 % zurückgeführt. Bei der Verteilung des übrigen Gesellschaftsvermögens werden die Vorzugsaktien aus. Die Vorzugsaktien Serie D genießen bei der Abrechnung je 15 Stimmen, die Vorzugsaktien Serie E je 2 Stimmen.
Mannheim, den 19. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XXI, D. 3, 40, Firma „H. Deitrich & Co., Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen. Der Kaufmann Carl Deitrich, Mannheim, Carl Deitrich in Offenbach und Friedrich Deitrich in Heilbronn am Neckar sind Prokura erteilt.
Mannheim, den 16. Juni 1922.
Vob. Amtsgericht S. G. 4.

Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Mittagsberatung.
Die für die Mittagsberatung weiterhin gebührenfrei, können von Donnerstag, den 22. Juni ab die Kinder im 9. und 10. Lebensjahr mit 4 Liter Vollmilch täglich beliefert werden. Die Mittagsberatung ist in der Regel auf die Mittagsstunden von 12 bis 1 Uhr angesetzt. Die Mittagsberatung ist in der Regel auf die Mittagsstunden von 12 bis 1 Uhr angesetzt.
Am Dienstag, den 27. Juni 1922, nachmittags 3 Uhr, findet eine Bürgerauskunft im Bürgerauskunftsbüro des Rathauses statt. Die Tagesordnung ist an den Rathausesfestschrieben angehängt.
Der Oberbürgermeister. 12

Jagd-Verpachtung.
Am Samstag, den 8. Juli 1922, nachmittags 4 Uhr wird die Feld- und Waldjagd beider Gemarkungen im Flächeninhalt von 492 ha auf weitere 6 Jahre, das ist vom 1. Februar 1923 bis 1. Februar 1929 im Rathaus dahier öffentlich verpachtet.
Die Läden Jagdverpächter zur Versteigerung mit dem Vorbehalt, dass als Bieter nur solche Personen zugelassen werden, welche sich im Besitz eines Jagdpasses befinden, oder durch ein behördliches Zeugnis nachweisen, dass gegen die Erlangung des Jagdpasses kein Bedenken obwaltet.
Der Entwurf des Jagdpachtvertrags liegt zur Einsicht der Beteiligten im Rathaus dahier offen.
Rippensweiler, den 17. Juni 1922.
Gemeinderat: 6120
Bath.

Liköre und Brantweine
aller Art 500
in Flaschen, Korbfässchen u. Fassern liefert preisw.

Walter Kraut
Likörlabik
F. 2, 10. Fernspr. 253.

Uhren u. Schmuckwaren
repariert gut und billig
Oskar Solde, Uhrmacher,
O 4, 19, 2 Treppen.
Antiquar u. Juwelier,
Schmuckwaren, Uhren u.
Jahresuhren. Große
höchste Preise zur Selbst-
veredelung. 530
Blase auf Versteife achten.

Tätowierungen
entwerfen
unter
sterilster
Reinigung
des
Gesichts
mit
einem
sicheren
Apparat
entwerfen
sich
ein
schönes
Bild
auf
seinem
Gesicht
mit
einem
sicheren
Apparat
entwerfen
sich
ein
schönes
Bild
auf
seinem
Gesicht

Vor dem Verderben



durch Schimmel u. Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

einmacht. Dies ist das einfachste, billigste u. trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Rezepte zum Einmachen unsonst in den Geschäften! Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Süddeutsche Gärtner-Zeitung

Fachblatt der gärtnerischen Verbände von Baden, Bayern, Württemberg, Hessen und der Pfalz. Bestes und beliebtestes

Anzeigenblatt für die Gärtnerei und mit ihrer Verbindung stehenden Berufszweige. Die S. G. Z. vertritt ausschließlich die Interessen der Gärtner Süddeutschl.

Unübertroffene Anzeigenerfolge durch zahlreiche Anerkennungschriften glänzend bewiesen.

Erscheint wöchentlich 1 mal. Man verlange Probenummern!

Verlag der Druckerei Dr. Haas G. m. b. H. Mannheim - E 6, 2
Postcheck-Konto Karlsruhe L. B. Nr. 17590 und Ludwigshafen am Rhein Nr. 2917 - Fernsprecher Nr. 7940-45.

Miet-Gesuche
Wohnungs-Ablösung!
Reine oder möbl. Wohn. wird abgelöst. 3 Zimmer, Küche und Bad, oder 5-6 Zimmer, wo eine zweite Küche eingerichtet werden könnte. Dringlichstest. verb. Gef. Angeb. m. Angabe d. Beding. u. T. L. 71 an die Geschäftsstelle. *4536

Laden
mit Nebenraum
mögl. Nähe Markt, sofort gesucht.
Angebote unter W. K. 185 an die Geschäftsstelle erbeten. 5391

Möblierte Zimmer
hauseigen, 36076
für Vermietung sofort.
Wohnungsnachweis
P. 4, 2. Telefon 6920

Möbl. Zimmer
von ruh. jüng. Beamten
per 1. Juli gel. Preis
Verhandelt. 5392
Gef. Angebote unter
Z. Y. 174 an die Geschäfts-
stelle bis 24. erbeten.

Wohnungstausch!
Große 7-Zimmer-
wohnung gegen 4-
bis 5-Zimmer-
wohnung in der Nähe
des Friedrichsplatzes zu
tauschen gel. Angeb. mit
S. D. 39 an d. Geschäfts-
stelle.

Möbl. Zimmer
Ecke meine
2-Zimmerwohnung
mit Bad gegen gleiche
oder 3 Zimmer zu tauschen.
Hofstr. 30, 2597
Gegenüber

Wohnungstausch!
Wir suchen
im Tausch
Neustadt-Mannheim
Wohnung in Mann-
heim entl. Ludwigshafen
4 Zimmerwohnung mit
Zubehör (Gas u. elektr.
Licht) und bieten an:
4 Zimmerwohnung mit
Zubehör (Gas u. elektr.
Licht) in gleicher Lage
in Reutbahn d. h. h. h. h.
Elektrizitätswert
H. G. Worms.

Kolonialw.-Geschäft
mit 4 Zimmer-Wohnung
in Laub gegen
3-4 Zim.-Wohnung
in guter Lage. Ang. u.
O. E. 90 an die Geschäfts-
stelle.

2 Zimmer
neul. auch große Wan-
nen, leer oder möbl.
iert, mit oder ohne
Rohrgefälle, in an-
ständiger Lage. An-
gebote unter T. G. 67
an die Geschäfts-
stelle d. B. 26094

Unterricht
Staatl. gepr. Lehrer
erteilt Privatunterricht.
Ang. u. M. 4007 a. D. Fern-
spr. 2. Büro, Mannheim.
6310

Unterricht
in Klavier, Gitarre,
Violoncello, Bass, etc.
erteilt gründl. Lehrer
im über. vorz. h. h. h.
Gute Klavierlehrer für
Klasse u. Privatunterricht.
J. Kallmeyer, J. 2, 13.

Geldverkehr.
Erl. Baufachmann
sucht

Kapitalist oder Teilhaber
zu Geschäftsgründung.
Angebote unter O. X. 6
an die Geschäftsstelle.

Vermischtes.
Mietelungungsamt
Vertretung über. Fern-
spr. 2. Büro, Mannheim.
*4490

Masseuse
Dr. Hagen, Hofstr. 30
*6066 Berardo C. F.
Schreibmaschine
verkauft geg. Sicherh.
Schäfers, O. 7, L.
571

Anzugstoff
3 m groß, für elegant.
Commercia, 2,30 m
lang, mit 100 Nadeln
angenehm geformt, preis-
wert abzugeben. *4541
E. G. 67 an die Geschäfts-
stelle d. B. 26094